

A B R Ü S T U N G

Auch eine Aufgabe der Bundesrepublik

G.M. - Anlässlich der Unterzeichnung des Atomsperrvertrages und der gleichermaßen in Moskau und Washington verkündeten Absicht, nunmehr über einen ganzen Katalog von Abrüstungsvorschlägen zu verhandeln, hat Präsident Johnson einen bemerkenswerten Satz gesprochen. Er sagte, die USA und auch andere Länder könnten noch viele Milliarden in die Rüstung stecken ohne dadurch die Sicherheit der Völker zu erhöhen. Dieses Erkenntnis ist zwar nicht neu, sie sollte aber jenen zu denken geben, die in den vergangenen Jahren immer so getan haben, als ließe sich durch die ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben die Sicherheit garantieren...

Bei dem jetzt in Washington und Moskau zur Schau gestellten Optimismus ist nur zu hoffen, daß den guten und laut verkündeten Vorsätzen nicht wieder einmal eine grenzenlose Enttäuschung folgt. Aber vielleicht hat man aus der Vergangenheit gelernt und verfährt nicht wieder in den Fehler, auf der einen Seite zu sagen, man wolle die gesamte Abrüstung und auf der anderen Seite, man wolle erst einmal wissen, wie die Abrüstung zu kontrollieren sei.

Der Grund für die scheinbar überraschende Verhandlungsbereitschaft Moskaus und Washingtons ist sehr vielschichtig. In den Regierungshauptstädten beider Weltmächte weiß man nur zu gut, daß die in den vergangenen Jahren entwickelten Verteidigungssysteme innerlich zahlreiche Risse haben. Gigantische Finanzierungsstützen sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite haben nicht zu verhindern vermocht, daß einzelne Bündnispartner sowohl hien wie drüben eigene Wege gegangen sind. Gleichzeitig hat sich die jetzt auch von Johnson offen ausgesprochene Erkenntnis durchgesetzt, daß immer höhere Rüstungsausgaben nicht gleichbedeutend mit erhöhter Sicherheit sind.

Da zudem in fast allen Staaten des östlichen und westlichen Militärblocks die ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Probleme von Tag zu Tag sichtbarer werden, mußte der Augenblick kommen, an dem man sich fragte, welchen Sinn eine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben haben könnte.

Auch die Bundesrepublik Deutschland wird bei dieser nunmehr sichtbar gewordenen Entwicklung ein Wort mitzusprechen haben. Sie, die im Spannungsfeld zwischen Ost und West liegt und die verpflichtet ist, ihren Beitrag zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas zu leisten, muß jetzt zu allen Abrüstungsfragen ihre Haltung sehr deutlich manifestieren.

Bundesaußenminister Willy Brandt hat dies bereits anlässlich der NATO-Tagung in Reykjavik getan. Gleichwertige Abrüstungsmaßnahmen in West und Ost, Truppenreduzierungen und andere Entspannungsmaßnahmen in Europa waren seine Forderungen, die von den übrigen NATO-Partnern einstimmig gebilligt wurden. Es ist nur zu wünschen, daß man auch beim Bundesverteidigungsministerium erkennt, wie wichtig gerade für uns Deutsche die richtige Abstimmung der Verteidigungspolitik auf die von der Bundesregierung angestrebte Entspannung ist.

Die Wohngeldgarantie ist da!

Dauernder Bestandteil unseres sozialen Rechtsstaats

Von Bürgermeister a.D. Dr. Paul Nevermann

Geschäftsführender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Wohnwirtschaftler und Wohnungspolitiker, Hamburg

Bekanntlich können Mieter mit niedrigem Einkommen vom Staat einen Mietzuschuß ("Wohngeld") bekommen, wenn die Höhe der Miete sie zu sehr belastet. Dies Wohngeld ist nicht als Fürsorgeleistung gedacht, sondern als ein Teil des Systems der öffentlichen Wohnungsbauförderung.

Vor Bildung der Großen Koalition gaben die damaligen Regierungsparteien ihre Absicht bekannt, dies Wohngeld zu kürzen. Das hat zu einem großen Mißtrauen in der Mieterschaft geführt. Sie mögen eine Wohnung, deren Miete so hoch ist, daß sie Wohngeld benötigen, nicht mieten, weil sie nicht wissen, ob das Wohngeld in den kommenden Jahren immer neu im Bundeshaushalt vorgesehen ist.

So war es. Es fehlte die Wohngeldgarantie. Es ist ungenügend bekannt gemacht worden, daß es diese Wohngeldgarantie jetzt gibt. Der Vorsitzende der SPD-Landesorganisation Hamburg hatte sich wegen dieser Mietersorgen mit dem Präsidenten des Deutschen Mieterbundes und den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Wohnungspolitiker zusammengesetzt. Die Überlegungen führten zu einer Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Ausschuß für Wohnungswesen. Dieser legte dem Bundestag einen Bericht - Drucksache V/2063 - vor, in welchem die von der SPD angestrebte Wohngeldgarantie vorgeschlagen wurde. Es heißt dort:

- * "Soweit sich in Einzelfällen für einkommensschwache Bevölkerungs-
- * kreise Härten ergeben sollten, können sie durch Inanspruchnahme
- * von Wohngeld oder Erhöhung des bisherigen Wohngelds vermieden
- * werden. Der Ausschuß hält es deshalb auch für erforderlich,
- * daß das Wohngeldgesetz entsprechend den Beschlüssen des Bundes-
- * tages im Rahmen des Finanzänderungsgesetzes nicht zum Nachteil
- * der Wohngeldbezieher geändert wird und jegliche Verschlechterung
- * der Wohngeldleitung unterbleibt."

Dieser Empfehlung hat der Bundestag in seiner Sitzung vom 8. Mai 1968 zugestimmt, gegen nur zwei Gegenstimmen. Dieser Beschluß ist zwar kein Gesetz, aber er ist die politische Deklaration der Wohngeldgarantie. Davon können die Fraktionen mit Anstand nicht mehr los- Und wir werden sie wegen dieses Beschlusses beim Wort nehmen.

Somit ist - viel zu wenig beachtet! - ein wichtiger sozialpolitischer Schritt getan worden: Man kann Vertrauen haben zum Wohngeld. Es ist zum dauernden Bestandteil unseres sozialen Rechtsstaates geworden.

Das "schwarze Dilemma"

Was geschieht in den USA zur Lösung der Rassenprobleme?

Von W. Emil Schröder

Für einen Nichtamerikaner muß es unbegreiflich erscheinen, daß es in einem so reichen Lande viele Millionen Menschen gibt, vor allem unter der farbigen Bevölkerung, deren Lebensstandard weit unter der Normalgrenze liegt. Mit nicht immer aufrichtiger Entrüstung wird zur Kenntnis genommen, daß die "Stadt der Armen" am Fuße des Capitols gewaltsam aufgebrost wurde. Doch das sind nur Randerscheinungen eines Problems, dessen Schwierigkeit außerhalb den USA oft nicht in seiner ganzen Tragweite erkannt wird. Zweifellos steht am Quell aller Unruhe, von der ein ganzer Kontinent in den vergangenen Monaten erschüttert wurde, die Rassenfrage und, in diese eingebettet, die Überheblichkeit jener Weißen, die zwar im Farbigen eine wünschenswert billige Arbeitskraft erblicken, ihn aber von jeder Teilhaberschaft am sozialen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, ja, am Leben der Gesellschaft überhaupt, ausgeschlossen sehen wollen.

Diese Kurzsichtigkeit hat eine ganze Nation an Prestige wie an Nationalvermögen das Mehrfache von dem gekostet, was vor Jahrzehnten zu investieren gewesen war, um eine Katastrophe zu verhindern. Denn jetzt wird deutlich, was in erster Linie versäumt worden ist: den Farbigen eine normale Schulausbildung zu geben.

Die aufgeschreckte weiße Gesellschaft hat wohl erkannt, daß die Armut nur gesteuert werden kann, wenn genügend Arbeitsplätze für Weiße und Farbige vorhanden sind, daß auch in der Entlohnung keinerlei Diskriminierung geduldet werden darf. Aber wo keine berufliche Schulung oder nicht einmal Elementarkenntnisse in Lesen, Schreiben, Rechnen vorhanden sind, bleibt dem Farbigen nur die unterste Leitersprosse in Beruf und Einkommen.

Nun sind große Firmen dazu übergegangen, Beträge von vielen Millionen Dollars für die Schulung Farbiger einzusetzen. Auch die Gewerkschaften schalteten sich ein und schlossen mit Unternehmen und Stadtverwaltungen Verträge über Schulung bisher arbeitsloser und teilweise analphabetischer Farbiger. Noch wichtiger aber ist in diesen Zusammenhänge die Übernahme von Teilnehmern an dieser Schulung in ständige Arbeitsplätze. Erstaunlich ist jedoch, daß die Zahl der Anmeldungen häufig weit unter der Zahl der angebotenen Plätze blieb und die Teilnehmerzahl an den Schulungen bei Abschluß oft nur noch halb so groß wie die der Beginner war.

fühlte sich
nicht
er der
als
gte Führer
nen;
sagen sie -
ent an
ße
en Kollegen

en Kinder-
em guten
in der
zuwenden.
die eine
g und mit
nsichtige
ng gelangt:
enzfrage

udlage
end
n
en.
inum
alle
wegen

en
er-
ich

age

von
ls

hm zu
leme
eder

Dafür gibt es mancherlei Ursachen. Mancher Farbige fühlte sich den so plötzlich an ihn gestellten Ansprüchen anscheinend nicht gewachsen und kehrte in das Getto zurück. Einige Vertreter der "Black Power" stellen diese Bemühungen als Scheinmanöver, als Propaganda zur Beruhigung der Gemüter hin, während gemäßigte Führer der Farbigen zwar die gebotenen Vorteile durchaus anerkennen, jedoch hinsichtlich der Wirkung skeptisch sind. Denn - so sagen sie - es komme schließlich darauf an, ob nicht nur das Management an einem Ausgleich interessiert sei, sondern ob sich der weiße Arbeiter überall damit abfinden werde, neben einem farbigen Kollegen zu stehen.

Im ganzen genommen, stehen diese Maßnahmen noch in den Kinderschuhen; und es bleibt abzuwarten, wieviele Unternehmer dem guten Beispiel folgen werden. Manche begrüßen diese Bemühungen in der Theorie, sind aber nicht geneigt, sie selber praktisch anzuwenden. Sie scheuen sich vor den unausbleiblichen Schwierigkeiten, die eine Beschäftigung von Farbigen mit unzureichender Schulbildung und mit anderen Lebensgewohnheiten mit sich bringen kann. Doch einsichtige Politiker und Wirtschaftsführer sind zu der Schlußfolgerung gelangt: die Gleichstellung von Weißen und Farbigen ist eine Existenzfrage für die ganze Nation - sie muß erreicht werden!

Ein anderer Weg, dem Farbigen eine feste Existenzgrundlage zu geben, wurde vor kurzem auf einem Treffen von rund tausend führenden Wirtschaftlern erörtert: gedanklich in den USA ein Mindesteinkommen zu garantieren, den Weißen wie den Farbigen. Da viele Farbige mit ihrem Verdienst unter dem Existenzminimum liegen und daher keine Steuern zahlen können, gehen ihnen alle finanzielle Vorteile verloren, die anderen Steuerzahlern wegen ihres Familienstandes gewährt werden können. Daher schlug Milton Friedmann von der Chicagoer Universität vor, Familien ohne Einkommen von staatswegen etwa die Hälfte jener Steuerermäßigungen als "garantiertes Einkommen" zu zahlen, deren sich andere Steuerzahler erfreuen. Danach würden Familien ohne Einkommen etwa 1500 Dollar erhalten. Obwohl solche Vorschläge seit rund zwei Jahren eingehend geprüft werden, sind die Meinungen gegenwärtig noch geteilt. Man hält die Schaffung von Arbeitsplätzen vom Standpunkt der Ethik für vorteilhafter als den Gedanken, für Nichtstun so etwas wie Gehalt zu zahlen. Das "schwarze Dilemma" steht also trotz aller Bemühungen, ihm zu entrinnen, weiter auf der Tagesordnung der zu lösenden Probleme in den USA. Was Jahrzehnte lang versäumt wurde, läßt sich weder durch Schulungskurse noch Zehntausende neuer Arbeitsplätze von heute zu morgen aufholen.